

Wahlprüfstein DIE LINKE

Greenpeace e. V.
Große Elbstr. 39
22767 Hamburg

Greenpeace Wahlkompass 2013

Energiewende - Fokus Kohle

1.) Halten Sie es für vertretbar, dass neue Tagebau-Gruben für die Förderung von Braunkohle genehmigt und eröffnet werden?

Nein. DIE LINKE ist gegen den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen. Wir wollen daher ein Verbot neuer Tagebaue in einem Kohleausstiegsgesetz festschreiben und das Bergrecht grundlegend ändern.

2.) Sind Sie dafür, dass in Deutschland neue Kohlekraftwerke gebaut werden dürfen?

Nein. DIE LINKE will ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken in einem Kohleausstiegsgesetz – angelehnt an einen Gesetzesentwurf von Greenpeace – festschreiben.

3.) Bürgerfrage: Planen Sie einen Ausstieg aus der Braunkohle und wenn ja, wann soll er beendet sein?

Ja. Im Rahmen des Kohleausstiegsgesetzes wollen wir auch feste Restlaufzeiten für bestehende Kohlekraftwerke festschreiben. Das letzte Kohlekraftwerk soll bis spätestens 2040 vom Netz gehen.

Energiewende - Fokus Erneuerbare Energien

4.) Bis zu welchem Jahr will Ihre Partei die Energieversorgung in Deutschland auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umgestellt haben?

Der Umbau der kompletten Energieversorgung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien soll bis 2050 vollzogen sein. Für den Stromsektor gilt dies bereits zehn Jahre früher, schon 2020 soll die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen sein.

5.) Bürgerfrage: Es gibt immer mehr Ausnahmen für Firmen im EEG-Gesetz. Wollen Sie diese Ausnahmen einschränken, und wenn ja, wie?

Ja. Unberechtigte Industrie-Rabatte bei der EEG-Umlage will DIE LINKE abschaffen. Die im EEG formulierten Kriterien für diese Industrieprivilegien sollen verschärft, weiter verbleibende Ermäßigungen an eine Energieeinsparpflicht gekoppelt werden.

6.) Wie und in welchem Umfang wollen Sie den absoluten Primärenergieverbrauch in Deutschland senken?

Durch einen Mix aus strikten Grenzwerten, gezielter Förderung und den Abbau alter Privilegien für Energiefresser wollen wir den Energieverbrauch bis 2050 halbieren. In einem Energieeffizienzgesetz sollen verbindliche Zwischenziele formuliert werden.

Energiewende – Fokus Atomkraft

7.) Sollte der Standort Gorleben von der Suche nach einem Atommüll-Endlager ausgeschlossen werden?

Ja, Gorleben ist geologisch ungeeignet. Es gibt aber massive Interessen, an Gorleben festzuhalten – 1,5 Mrd. Euro wurden dort bereits verbaut. Das Endlagergesetz von Union/SPD/FDP/Grünen schließt Gorleben nicht aus. DIE LINKE hat es daher abgelehnt.

8.) Halten Sie die in Betrieb befindlichen deutschen Atomkraftwerke für sicher? Wenn nein, was wollen Sie zur Erhöhung ihrer Sicherheit unternehmen?

Nein. Nur ein zurückgebautes Atomkraftwerk ist ein sicheres. Deshalb will DIE LINKE den Atomausstieg deutlich beschleunigen. In der kommenden Legislaturperiode soll das letzte AKW in Deutschland vom Netz gehen.

Internationaler Klimaschutz und Arktis

9.) Halten Sie die bisherigen Ziele und Maßnahmen der EU beim Klimaschutz für ausreichend? Wenn nein, was fordern Sie?

Nein. Das Klimaschutzziel der EU für 2020 von (minus 20 Prozent) ist deutlich zu lasch, der EU-Emissionshandel gescheitert. DIE LINKE fordert ein EU-Klimaschutzziel von minus 40 Prozent, strenge CO₂-Grenzwerte für Neuwagen und verbindliche Energieeinsparziele.

10.) Schutzraum Arktis: Sollte sich Deutschland dafür einsetzen, dass Öl- und Gasförderung sowie industrieller Fischfang in der Arktis ausgeschlossen werden und ein Schutzgebiet Arktis eingerichtet wird?

Ja. Öl- und Gasförderung in der Arktis würde dort enorme Umweltschäden verursachen und global zum Klimawandel beitragen. DIE LINKE setzt sich für ein UN-Abkommen zum Schutz der Arktis ein, das die Ausbeutung der arktischen Ressourcen verhindert.

Waldschutz

11.) Unterstützen Sie die Forderung, mindestens zehn Prozent der öffentlichen Wälder in Deutschland aus der Nutzung zu nehmen und ihrer natürlichen Entwicklung zu überlassen?

Ja. DIE LINKE unterstützt die Umsetzung der Ziele der Biodiversitätsstrategie durch die Verbindung von Integration und Segregation. Eine naturnahe Entwicklung auf fünf Prozent der Waldfläche, inklusive der Privatwälder, ist wichtig.

Meeresschutz

12.) Sind Sie dafür, industriellen Fischfang und Rohstoffabbau in den deutschen Natura2000-Meeresgebieten zu unterbinden?

In Natura-2000-Gebieten müssen Nutzungen, die das Schutzgut verschlechtern, unterbunden werden. Das trifft auf den Rohstoffabbau zu. Eine naturverträgliche Fischerei ist möglich.

13.) Was werden Sie konkret unternehmen, um die neuen EU-Regeln für Beifang umzusetzen? Wie wollen Sie z.B. die großen Beifänge in der Nordsee-Krabbenfischerei verhindern?

Beifang-vermeidende Fangmethoden müssen konsequent entwickelt und in die Praxis umgesetzt werden. Die Behörden sind personell und finanziell so auszustatten, dass sie das Anlandegebot wirksam kontrollieren können.

Verkehr

14.) Sind Sie für ein Tempolimit auf Autobahnen und eine stärker am CO₂-Ausstoß orientierte Besteuerung von privaten PKW und Dienstwagen?

Ja. Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen rettet Menschen, schützt das Klima und kostet nichts. Die Kfz-Steuer soll nur die Umweltbelastungen zu Grunde legen und nur sparsame Dienstwagen können voll steuerlich geltend gemacht werden.

15.) Bürgerfrage: Wie wollen Sie den ausufernden Individualverkehr eindämmen und wie stellen Sie sich in diesem Zusammenhang die Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs vor?

Alle Menschen sollen mobil sein dürfen – auch diejenigen, die über kein Fahrzeug verfügen. Deswegen wollen wir, auch auf dem Land, das öffentliche Verkehrsangebot deutlich verbessern. Dann können mehr Menschen als bislang umsteigen.

Landwirtschaft / Konsum

16.) Sind sie für ein Verbot von Monomaisanbau?

Der Mais-Anteil im Ackerbau sollte durch Fruchtfolgevorschriften einzelbetrieblich eingeschränkt werden (z. B. 30% Mais). Die Forschung zu Mischkulturen, inklusive Mais-Untersaat, ist fördern.

17.) Bürgerfrage: Was werden Sie konkret unternehmen, um die z.T. sehr schlechten Zustände in der Schweine- und Geflügelhaltung zu beenden?

Zuerst setzen wir auf eine Verschärfung der Nutztierhaltungsverordnungen. Investive Förderung darf es nur noch bei tiergerechten Haltungssystemen geben. Darüber hinaus setzen wir auf die Verbesserung der Qualifikation und der Bezahlung des Betreuungspersonals sowie die Verdichtung der behördlichen Kontrollen.

18.) Sind Sie dafür, den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft einzuschränken? Wenn ja, in welchem Umfang und mit welchen Maßnahmen?

Eine deutliche Reduktion kann durch die Förderung von Nützlingen und einer Risikominimierung durch Fruchtfolgen gelingen. Hier kann man vom Ökolandbau lernen. Bedarfsgerechte Anwendung ist notwendig. Beim Greening ist pestizidfreier Anbau anzuerkennen.

19.) Bürgerfrage: Kleinvieh macht auch Mist: Ist Ihr Parteiprogramm auf Recycling-Papier gedruckt?

Ja. Das Parteiprogramm ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.